

I. Ansätze zu europäischen Einigungsbestrebungen vor Locarno

1. Coudenhove-Kalergis politische Philosophie und die Anfänge der Paneuropa-Union

Die Bezeichnung ‚Paneuropa‘ ist schon vor dem Ersten Weltkrieg verwendet worden¹. Doch war es Richard Graf Coudenhove-Kalergi, der in der Nachkriegszeit als erster diese Wortschöpfung aufgriff, sie mit spezifischem Inhalt füllte und ‚Paneuropa‘ damit zu dem politischen Schlagwort machte, das in der Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre eine so bedeutsame Rolle spielte.

Daß ‚Paneuropa‘ so schnell Eingang in den damaligen Sprachgebrauch finden konnte, deutet darauf hin, daß es offensichtlich einer politischen Erwartung formelhaft Ausdruck verlieh, die in weiten Bereichen der europäischen Öffentlichkeit latent vorhanden war. Im Laufe der Zeit überschritt jedenfalls ‚Paneuropa‘ den unmittelbaren Wirkungskreis der gleichnamigen Organisation Coudenhoves und wurde oft als Oberbegriff für alle europäischen Einigungsbestrebungen gebraucht, auch für solche, die mit Coudenhove konkurrierten².

‚Paneuropa‘ kann darum nicht einfach und für jede Zeit mit der spezifischen Ausprägung des Paneuropa-Gedankens bei Coudenhove gleichgesetzt werden. Dessen politische Philosophie hatte gerade in der Zeit der Revolutionen am Ende des Ersten Weltkriegs ihr eigentümliches, subjektiv geprägtes Profil gewonnen; im Rahmen dieser Philosophie sind auch Stellenwert und Eigenart der von ihm formulierten Idee eines ‚Paneuropa‘ zu bestimmen.

„Die Wurzel der großen politischen Krise, die wir durchleben“, schien Coudenhove „in der Krise der Weltanschauung zu liegen“. „³ Elemente dieser Krise sah er nicht allein im äußeren Gewichtsverlust Europas gegenüber den neuen, aufsteigenden Mächten, den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sondern auch, ja in erster Linie in der Ausbreitung der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

Demgegenüber stellte er fest: „Unser demokratisches Zeitalter ist ein klägliches Zwischenspiel zwischen zwei großen aristokratischen Epochen: der feudalen Aristokratie des Schwertes und der sozialen Aristokratie des Geistes.“⁴ Er forderte die Einführung eines ‚neo-aristokratischen Prinzips‘. „Will die Menschheit sich aus dieser trostlosen Lage retten“, schrieb er 1919, „so muß sie mit (dem) Prinzip der allgemeinen, gleichen, direkten Wahl brechen und an die Stelle dieser Demokratie eine neue Aristokratie setzen.“⁵

¹ Vgl. etwa Schücking, Das paneuropäische Bureau (1909).

² So z. B. in der Ausarbeitung des RDI: „Die verschiedenen Organisationen auf dem Gebiete der paneuropäischen Bestrebungen“, September 1926, BA NL Silverberg 126, 121–130.

³ Kampf um Europa, S. 78.

⁴ Adel, S. 25.

⁵ Die Zukunft des Neo-Aristokratischen Prinzips (1919), in: Krise der Weltanschauung, S. 69.

Mit solchen Gedanken hatte Coudenhove Zugang zu jenem Kreis von Schriftstellern gefunden, die in der Tradition des ‚Aktivistenbundes‘ Kurt Hillers und dessen ‚Ziel‘-Jahrbücher standen. So zählte Coudenhove zu den Urhebern des ‚Politischen Rates geistiger Arbeiter‘ im November 1918, dessen Programm einerseits die „Umwandlung kapitalistischer Unternehmen in Arbeiterproduktivgenossenschaften“ und ein „Verbot aller militärischer Einrichtungen“ forderte, zugleich aber einem auf allgemeinem und gleichem Wahlrecht beruhenden Reichstag einen ‚Rat der Geistigen‘ zur Seite stellen wollten, der „kraft der Pflicht des Geistes zur Hilfe – aus eigenem Recht“ entstehen sollte⁶.

„Ein nicht materialistischer Sozialismus war, was ich suchte und nicht fand“⁷, berichtete Coudenhove später über diese politischen Versuche der Jahre 1918/19, bei denen pazifistische, sozialistische und ‚aristokratische‘ Elemente zu einem eigentümlichen Programm verschmolzen. Die Absichten der im „Politischen Rat“ vereinigten Schriftsteller, auf den Gang der deutschen Revolution Einfluß zu gewinnen, schlugen freilich fehl.

Noch ehe Coudenhove sein Paneuropa-Programm dann in seinem 1923 erschienenen Buch „Paneuropa“ zusammenhängend formulierte, versuchte er wiederum, für seine Vorstellungen politischen Einfluß zu gewinnen. Allerdings wählte er hierfür einen anderen Weg, der den potentiell anti-demokratischen Affekt seines Denkens offenbarte.

Mit einem offenen Brief wandte sich Coudenhove im zweiten Halbjahr 1922 an Mussolini⁸: „Ich appelliere an Sie im Namen der europäischen Jugend: Retten Sie Europa!“ Er forderte den Duce des italienischen Faschismus auf, als „Erbe des Marius und Cäsar“ eine „paneuropäische Konferenz“ einzuberufen, die zur Gründung der „Paneuropäischen Union“ führen solle. „Die Gefahr für Europa“, beschwor er Mussolini, „droht wirtschaftlich vom Westen – politisch vom Osten. Ein zersplittertes Europa muß rettungslos der amerikanischen Konkurrenz erliegen – ein uneiniges Europa der russischen Hegemonie“. Darum müsse die „europäische Monroe-Doktrin verkündet werden: Europa den Europäern!“

Die Notwendigkeit, Europa zu einigen, leitete Coudenhove nun ausschließlich aus äußeren Gefahren ab; über die innere Ausgestaltung der Union machte er keine Aussage, insbesondere nicht über die Rolle demokratisch-parlamentarischer Willensbildung bei der Formierung einer europäischen Union. Daß über die innere Staatsform alle Angaben fehlen, Coudenhove zudem die Rettung Europas gerade von Mussolini erwartet, läßt nach der inneren Affinität zwischen Paneuropa-Idee und italienischem Faschismus fragen. Zwar machte Coudenhove später geltend, der außenpolitische Kurs des ehemaligen Sozialisten, Pazifisten und Internationalisten sei 1922 noch unbestimmt gewesen, doch verbanden ihn mit Mussolini eine Reihe weltanschaulicher Elemente, was es mit sich brachte, daß Mussolini ab 1933 Coudenhove Audienzen gewährte⁹.

⁶ Hiller, *Leben gegen die Zeit*, S. 121–127.

⁷ *Kampf um Europa*, S. 69.

⁸ *Kampf um Europa*, S. 92–94.

⁹ *Kampf um Europa*, S. 181–187, 199–201.

„Die Idee des Faschismus“, so legte Coudenhove bei einer solchen Gelegenheit dem Duce dar, „geht zurück auf Nietzsches antidemokratische Philosophie“, und er hob weiter hervor, „daß Nietzsche ein Vorläufer der Paneuropa-Bewegung“ sei¹⁰. Neben der gemeinsamen Sympathie für ein anti-demokratisches Führerprinzip gründete sich die Affinität beider politischer Ideologien auf den Willen zu einer Neuorientierung Europas gegenüber außereuropäischen Mächten sowie gegen den Bolschewismus als einer äußeren und inneren Gefahr für Europa.

1922 erhielt Coudenhove noch keine Antwort aus Rom. Damit betrachtete er seine Versuche als gescheitert, „Paneuropa als Regierungsaktion“¹¹ in die Wege zu leiten.

Dies gab ihm Anlaß, sich – ähnlich wie 1918/19 im ‚Politischen Rat‘ – an die Öffentlichkeit zu wenden und über eine Massenorganisation zu versuchen, seine Ziele zu verwirklichen. Die Grundlage dafür bildete sein der Jugend Europas gewidmetes Buch „Pan-Europa“, das im Oktober 1923 erschien und sein politisches Programm in ausführlicher Form enthält. Den engen Zusammenhang mit seiner politischen Philosophie stellte Coudenhove selbst heraus, als er ebenfalls 1923 seine Schriften ‚Adel‘, ‚Krise der Weltanschauung‘ sowie ‚Ethik und Hyperethik‘ herausbrachte und dazu bemerkte: „Europas Niedergang ist eine Folge seines moralischen Verfalles: Europa geht am Europäer zugrunde! . . . Den Weg zur Erneuerung der europäischen Ethik sucht die Hyperethik – den Weg zur Erneuerung der europäischen Politik sucht Pan-Europa. Die Hyperethik will die zusammenbrechende Ethik im Geiste des Konfuzius und Sokrates, Goethes und Nietzsches ohne dogmatische Krücken auf den ewigen Fundamenten der Schönheit wiederaufrichten. Die paneuropäische Bewegung will das politische Testament Komenskys, Kants, Napoleons und Mazzinis vollstrecken und an die Stelle des zerbrochenen Europas ein einiges freies und föderatives setzen. Dieser europäische Dauerfrieden soll den Rahmen schaffen für eine neue Blüte der europäischen Kultur.“¹²

Sind somit seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen seinen philosophischen Schriften zu entnehmen, in denen er sich für eine Erneuerung des Aristokratismus ausspricht¹³, so beschränkte er sich in „Pan-Europa“ auf die Darlegung seiner außenpolitischen Ziele.

Ähnlich wie im offenen Brief an Mussolini wurden die „Skylla der russischen Militärdiktatur und die Charybdis der amerikanischen Finanzdiktatur“¹⁴ beschworen, zwischen denen „nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft“ führe, nämlich Pan-Europa. Die gedankliche Grundfigur einer entstehenden bipolaren Welt verfolgte Coudenhove allerdings nicht konsequent weiter, sondern entwarf eine Welt aus „fünf planetaren Kraftfeldern“¹⁵, die er zu künftigen Weltreichen aufsteigen

¹⁰ Kampf um Europa, S. 184.

¹¹ Kampf um Europa, S. 94.

¹² Krise der Weltanschauung, S. VII–IX.

¹³ Insbesondere in: Adel, S. 25–44 und: Krise der Weltanschauung, S. 65–77.

¹⁴ Pan-Europa, S. XI.

¹⁵ Pan-Europa, S. 22.

sah. Die aus dem amerikanischen, dem britischen, dem russischen, dem ostasiatischen und schließlich dem europäischen ‚Kraftfeld‘ gebildete Pentarchie deckt sich nun keineswegs mit den Kontinenten, zumal Großbritannien nicht Europa zugeordnet wurde, das europäische ‚Kraftfeld‘ hingegen vom Nordkap bis zum Kongo und Angola reichen, mithin die kolonialen Besitzungen einschließen sollte.

Nur auf der Grundlage eines Neo-Kolonialismus glaubte demnach Coudenhove einem zu bildenden Pan-Europa die Macht zu künftiger militärischer und wirtschaftlicher Selbstbehauptung in Aussicht stellen zu können, sofern dieses Kolonialreich einheitlich organisiert und rationell erschlossen würde: Das Ziel eines tendenziell autarken Pan-Europa war für Coudenhove grundsätzlich nur realisierbar, wenn der Kolonialismus aufrechterhalten und intensiviert worden wäre¹⁶.

Neben dem Kolonialismus erscheint „die russische Gefahr“¹⁷ als weiteres konstitutives Element eines europäischen Zusammenschlusses. Den seit Peter dem Großen anhaltenden russischen Anmarsch gegen den Westen sah Coudenhove in einem Expansionismus des weißen wie des roten Rußland unverändert fortgesetzt: „So rüstet das rote Rußland, wie vor ihm das weiße, zu einer neuen Völkerwanderung auf den Wegen Attilas und Dschingiskhans“¹⁸.

Der von Coudenhove empfohlenen Bildung eines paneuropäischen Garantiepaktes gegen die Sowjetunion stand die im Rapallo-Vertrag sich ausdrückende „russische Orientierung Deutschlands“ als „eine der größten Gefahren für die Zukunft Europas“¹⁹ im Wege. Um eine innereuropäische Auseinandersetzung zwischen Antirevisionisten und Revisionisten in Europa zu verhindern, bei der Deutschland sich in die Arme der Sowjetunion werfen könnte, sollte das deutsch-französische Verhältnis bereinigt werden und den Kern einer paneuropäischen Friedensorganisation bilden. Auf italienische, d. h. auf Mussolinis Initiative hin solle eine paneuropäische Konferenz einberufen werden, bei der allerdings territoriale Fragen aus der Debatte auszuschalten seien, ja eine paneuropäische Garantie der Versailler Grenzen gegeben werden müsse²⁰ – ein angesichts der revisionistischen Forderungen gerade Deutschlands wohl nicht zu realisierender Vorschlag.

Trotz der unübersehbaren programmatischen Akzente, die in die Richtungen des Kolonialismus, des Anti-Bolschewismus und des Anti-Revisionismus wiesen, waren freilich viele Formulierungen geeignet, auch bei Pazifisten und Sozialdemokraten Zustimmung zu finden. Das Ziel der paneuropäischen Bewegung Coudenhoves, „den Völkerbund in Gruppen aufzulösen“ und „für die Autonomie Pan-Europas“²¹ einzutreten, deutete gleichwohl schon 1923 auf die Richtung der auszutragenden Konflikte hin. Als gefährlichste und mächtigste Gegner Paneuropas bezeichnete Coudenhove ursprünglich noch die nationalen Schutzzollindustrien. Ihnen gegen-

¹⁶ Pan-Europa, S. 37–38.

¹⁷ Pan-Europa, S. 53.

¹⁸ Pan-Europa, S. 57.

¹⁹ Pan-Europa, S. 61.

²⁰ Pan-Europa, S. 114, 152.

²¹ Pan-Europa, S. 89.

über wollte er paneuropäische Monopolindustrien, „die durch den innereuropäischen Freihandel nur neue Märkte gewinnen würden“²², zusammenschließen.

Um wirkungsvoller für den Eintritt in seine im Frühjahr 1924 gegründete ‚Pan-europa-Union‘ zu werben, veröffentlichte Coudenhove am 1. Mai 1924 ein weit- aus kürzer gefaßtes „Europäisches Manifest“²³, das er ganz offensichtlich als Parallele zum Kommunistischen Manifest verstanden wissen wollte.

‚Pan-Europa‘ empfahl er darin als Rettung vor dem innereuropäischen Krieg, vor der Eroberung durch Rußland und vor dem wirtschaftlichen Ruin, der zur „Ver- sklavung der europäischen Arbeiterschaft durch das amerikanische Kapital“ führen werde. Dem Kampf um sein ‚Pan-Europa‘ gab er dabei Vorrang vor allen anderen politischen Problemen, gerade auch vor jeder Gesellschaftspolitik in den überwie- gend noch labilen, krisengeschüttelten europäischen Demokratien: „Erst muß ein Haus gebaut sein, bevor der Streit um die Tapeten beginnt!“²⁴

Ebenfalls im Frühjahr 1924 begann die Monatsschrift ‚Paneuropa‘ zu erscheinen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Coudenhoves politische Philosophie von den um 1919 vertretenen sozialistisch-pazifistischen Elementen gelöst, während sowohl ein gegen Rußland gerichteter Anti-Bolschewismus wie ein gegen Amerika orientier- ter Anti-Kapitalismus als ideologische Dominanten hinzugetreten waren. Gleich- wohl vereinigte sein Paneuropa-Programm zu dieser Zeit eine Reihe heterogener, ja widersprüchlicher Elemente, wodurch es in die Lage versetzt wurde, ein breites Spektrum der politischen Öffentlichkeit anzusprechen. Eine klare Orientierung der Paneuropa-Union war damit noch nicht gegeben, zumal die Organisation sich aus verständlichen Erwägungen verpflichtete, parteipolitische Neutralität strikt einzu- halten und nur zwischen Pan-Europäern und Anti-Europäern zu unterscheiden.

Das Buch ‚Pan-Europa‘ war im Oktober 1923 in einem eigens für die paneuro- päische Bewegung gegründeten Verlag in Wien erschienen. Nachdem sich darauf- hin ohne Beitragsverpflichtung über eintausend Mitglieder gemeldet hatten, traf Anfang 1924 durch die Vermittlung des Barons Rothschild eine Spende des Ham- burger Bankiers Max Warburg in Höhe von 60 000 Goldmark ein²⁵. Mit ihr sollte der Aufbau der Organisation in Deutschland und in Österreich subventioniert wer- den. Max Warburg schien mit dieser Subvention eine entschiedenere Orientierung der Paneuropa-Bewegung auf finanzkräftige und im Parteienspektrum rechtsste- hende Kreise einleiten zu wollen, verlangte er doch, „die Idee (dürfe) nicht nur von linksstehenden Kreisen getragen werden“²⁶. In dieser Meinung wurde er durch Katharina von Oheimb(-Kardorff) bestärkt, die von Warburg forderte, „daß die Bewegung von den Besitzenden, nicht von den Proletariern ausgehen“²⁷ müsse, und auf das potentielle Interesse der Schwerindustrie an Paneuropa hinwies²⁸.

²² Pan-Europa, S. 163.

²³ Text in: Paneuropa 1922–1966, S. 104–118.

²⁴ Ebda, S. 106, 115.

²⁵ Kampf um Europa, S. 99.

²⁶ BA NL Katharina von Kardorff 21, 163; 10. 11. 1924.

²⁷ Ebda, 21, 164; 11. 11. 1924.

²⁸ Ebda, 21, 168; 12. 11. 1924.

Zeichnete sich bereits in der Anfangsphase der paneuropäischen Bewegung eine gewisse Rechtsorientierung ab, so gab doch Coudenhove die aus den Kriegs- und Revolutionsjahren bestehenden Verbindungen zu sozialistisch-pazifistischen Kreisen keineswegs auf; auch gelang es ihm, trotz seiner antirevisionistischen Programmelemente in Österreich wie in Deutschland sogar Anhänger der Anschlußbewegung zu gewinnen, von denen etwa der Sozialdemokrat und Reichstagspräsident Paul Löbe an die Spitze der 1926 gegründeten deutschen Sektion trat²⁹.

Wenn es der Paneuropa-Union gelingen wollte, über prominente Persönlichkeiten hinaus Resonanz und Unterstützung bei breiteren gesellschaftlichen Schichten zu finden, so hatte sie sich um ein Arrangement mit bestehenden politischen Bewegungen zu bemühen. Auf der Suche nach einer Massenbasis hat Coudenhove in den ersten Jahren seiner Bewegung etliche Versuche unternommen, den internationalen Pazifismus, den bürgerlichen Linksliberalismus und die Sozialdemokratie für sein Programm zu gewinnen.

2. Pazifistisch-liberale Alternative zu Paneuropa: Der Weg zum Verband für europäische Verständigung

Der Grundgedanke von Coudenhoves ‚Paneuropa‘, zwischen nationalstaatlicher Partikularisierung und universaler Friedensorganisation eine Ebene von ‚Kontinentalassoziationen‘ zu schaffen, erregte zunächst nicht so sehr Widerspruch von nationalistischer Seite, sondern vielmehr das nicht unbesorgte Interesse der internationalen Friedensbewegung, die schon im ausgehenden 19. Jahrhundert die Idee eines weltumfassenden Völkerbundes vertreten hatte.

Als im Oktober 1924 der 23. Weltfriedenskongreß in Berlin tagte, wurde Coudenhove aufgefordert, vor dem Forum des internationalen Pazifismus seine Forderung zu erläutern, „den Völkerbund in Gruppen aufzulösen“³⁰, und zum Verhältnis regionaler und universaler Organisation Stellung zu beziehen.

Coudenhove bemühte sich zwar darzulegen, „dass Pan-Europa und Völkerbund keine Gegensätze, sondern Ergänzungen“ seien, ja sogar, „dass eine Dezentralisierung des Völkerbundes nicht zu seiner Auflösung – sondern zu seiner Vollendung“³¹ führe. Doch seiner Folgerung, „Pan-Europa (sei) also eine unbedingte Forderung des europäischen Pazifismus“, vermochte sich der Kongreß nicht anzuschließen.

Die Vorbehalte und Einwände der pazifistischen Völkerbunds-Anhänger trug Walther Schücking vor. Wie schon vor dem Ersten Weltkrieg³² wollte er einen europäischen Zusammenschluß allenfalls als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer weltumfassenden Staatenorganisation gelten lassen. Er verwies unter dem

²⁹ Kampf um Europa, S. 105.

³⁰ Pan-Europa, S. 89.

³¹ Bulletin officiel, p. 70.

³² Die Organisation der Welt, S. 62–69 und: FW 11 (1909), S. 224–225.

Eindruck des Weltkrieges auf die globale Dimension des Friedensproblems und bezeichnete von daher die „Idee besonderer Kontinentalassoziationen“ als „eine nicht geringe Gefahr“ für den Genfer Völkerbund³³. In diesem institutionellen Rahmen dürften Staatengruppen sich nur unter der Bedingung bilden, daß sie „im Interesse der Einheit des Ganzen sozusagen nur technischen Zwecken dienen“³⁴. Weitere namhafte Vertreter des Völkerbundsgedankens in Deutschland teilten im wesentlichen diese Bedenken³⁵; Coudenhove mußte sich sogar „macchiavellistischen Pazifismus“ vorhalten lassen³⁶.

Seinen Versuch, die internationale Friedensbewegung und die Anhängerschaft des Völkerbunds-Gedankens als Verbündete im Kampf um Paneuropa zu gewinnen, sah Coudenhove als gescheitert an³⁷. Dies war umso mehr begründet, als sich bereits im Mai 1924 Parlamentarier aus den Parteien der ehemaligen Weimarer Koalition zusammengefunden hatten, um eine „Interessengemeinschaft der europäischen Völker“ ins Leben zu rufen³⁸. Zu ihnen zählte neben dem Sozialdemokraten Paul Löbe seitens der Liberalen auch Walther Schücking, der in der Paneuropa-Propaganda einen ernsthaften Konkurrenten für den in Deutschland noch wenig verbreiteten Völkerbunds-Gedanken erkannte. Darum setzte er sich dafür ein, die anwachsende Bereitschaft zu europäischer Verständigung in einer Organisation aufzufangen, die sich ausdrücklich an der Idee eines universalen Völkerbundes orientierte.

Die Vorverhandlungen im Ausland waren indes nicht von Parlamentariern selbst, sondern von einem in Berlin lebenden Polen, Dr. Alfred Nossig, geführt worden, der dabei im Kontakt mit dem Referat Völkerbund des Auswärtigen Amtes stand. Im März 1924 übersandte er dem Amt seine Broschüre ‚Neueuropa‘ und suchte um eine wohlwollende Erklärung des Außenministers zu seinem Vorschlag eines ‚Europäischen Friedensbundes‘ nach, die ihm die Gründung eines entsprechenden deutschen Komitees erleichtern würde³⁹.

Ähnlich wie Coudenhove beklagte Nossig darin, daß „Europa seine Welthege- monie eingebüßt“ habe und „zum Kampfobjekt der außereuropäischen Welt- mächte“ zu werden drohe. Die Gefahren der „wirtschaftlichen Expansion Pan- Amerikas“ und der „Völkerwanderung Pan-Rußlands und Pan-Asiens“ erforderten eine Lösung der „gegenwärtigen europäischen Zentralfrage“, nämlich des deutsch-französischen Konflikts, durch eine politische Friedensregelung sowie

³³ Bulletin officiel, p. 72.

³⁴ Bulletin officiel, p. 73.

³⁵ Vgl. Acker, Walther Schücking, S. 182 sowie die Resolution des 23. Weltfriedenskongresses, in: FW 24 (1924), S. 304.

³⁶ So Gerhart Seger in: FW 24 (1924), S. 270–272.

³⁷ Coudenhoves Abrechnung mit der Friedensbewegung: ‚Pazifismus‘ in: Praktischer Idealismus (1925).

³⁸ Bericht über die Gründung der „Interessengemeinschaft der europäischen Völker“, Oktober 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

³⁹ Schreiben Nossig an AA, 21. 3. 1924 nicht bei den Akten; Inhalt seines Vorschlags eines ‚Europäischen Friedensbundes‘ kann aus der Antwort erschlossen werden: AA (Köpke) an Nossig, 1. 4. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

durch einen – über einen „Weltkredit“ finanzierten – Lastenausgleich zwischen beiden Staaten. Dann könne der ‚Europäische Friedensbund‘, dem die Sowjetunion nicht angehören solle, mit einer internationalen Armee ausgestattet werden und so die mangelhafte Friedenssicherung des Völkerbundes ersetzen⁴⁰.

Zwar kritisierte das Referat Völkerbund die Vorschläge einer solchen Armee wie des Ausschlusses der Sowjetunion, wünschte auch die Forderung nach Revision der Friedensverträge deutlicher betont, stellte jedoch in Aussicht, die deutsche Regierung werde dem Vorschlag wohl „grundsätzlich“ zustimmen⁴¹. Dementsprechend empfahl Bülow dem Außenminister, eine „wohlwollende Prüfung des Entwurfs“ zuzusagen, denn „jede Kundgebung im Sinne des Friedens (sei) zur Zeit erwünscht, ebenso jedes Projekt, das die mangelhafte Friedenssicherung des Völkerbundes aufweist“⁴².

Stresemann hingegen lehnte dieses Ansinnen strikt ab. Er begründete dies zum einen mit der Aussichtslosigkeit eines derartigen Vorhabens und hob zum andern hervor, er wolle kein Projekt unterstützen, „das im gegenwärtigen Zeitpunkt als ein Versuch ausgelegt werden könnte, den Völkerbund zu sabotieren“⁴³. Die dezidierte Äußerung des Außenministers ließ zwar das Referat Völkerbund vorläufig reservierter über die Unternehmungen Nossigs urteilen⁴⁴, konnte jedoch auf Dauer den Dissens zwischen Köpke und Bülow einerseits, Stresemann andererseits über die Methoden deutscher Revisionspolitik nicht ausräumen, der in der Einschätzung des Völkerbundes und des späteren „Verbandes für europäische Verständigung“ mehrfach zutage trat.

Schon hier zeichnete sich ab, daß Stresemann einem europäischen ‚Kontinentalprogramm‘ wie dem Coudenhoves nicht zustimmen konnte, das die Beziehungen zu außereuropäischen Mächten, insbesondere zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion, aber auch zum Völkerbund hätte beeinträchtigen können. Er griff damit über die Vorstellungen Köpkes und Bülows hinaus, die aus Gründen der Revision von Versailles lediglich die Sowjetunion als potentiellen Partner einbeziehen und gegebenenfalls sich auch gegen den damals von Frankreich maßgeblich bestimmten Völkerbund wenden wollten.

Stresemanns Aussage hat der Linie Schückings innerhalb des entstehenden deutschen Komitees offensichtlich zum Durchbruch verholfen; Nossig war vorläufig zurückgedrängt und sah sich daraufhin bewogen, eine programmatische Schwenkung zur universal orientierten Haltung der in der Mehrzahl liberalen Komitee-Mitglieder zu vollziehen. Dies brachte ihn in kurzer Zeit in schroffen Gegensatz zu Coudenhoves Paneuropa-Idee, der er ursprünglich nahestanden hatte.

So hielt er der Argumentation Coudenhoves beim 23. Weltfriedenskongreß ent-

⁴⁰ Alfred Nossig, *Neueuropa. Programmatische Gedankengänge* (Broschüre, 9 S.); PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

⁴¹ AA (Köpke) an Nossig, 1. 4. 1924, ebda.

⁴² Vermerk 27. 6. 1924, ebda.

⁴³ AA (Bülow) an Schücking, 4. 7. 1924, ebda. Schücking zählte zu den von Nossig für das deutsche Komitee in Aussicht genommenen Persönlichkeiten.

⁴⁴ Z. B. AA (Bülow) an Dt Botsch Paris, 12. 8. 1924, ebda, und Vermerk, 22. 11. 1924, ebda.

gegen, angesichts der nach dem Weltkrieg entstandenen „Weltarbeitsgemeinschaft“ nehme sich „der Zukunftsgedanke: die Einigung Europas, beinahe reaktionär“ aus. Auch wegen der gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen griff er die Pan-europa-Union scharf an, denn diese trage „den Keim zu einer faschistisch-imperialistischen Bewegung“ in sich, stelle „den vollendeten Typus einer anti-demokratischen Organisation“ dar, wie denn auch die „geistigen Wurzeln ‚Pan-Europas‘ . . . für die europäische Demokratie ebenfalls nicht Beruhigendes“ enthielten.

Immerhin befürwortete Nossig die Bildung einer „wirtschaftlichen Interessengemeinschaft der europäischen Länder“, durch die Europa „zu einem wirtschaftlichen Konzern großen Stils“ werden sollte⁴⁵. Dies hing gewiß damit zusammen, daß Nossig in diesen Monaten seitens der deutschen Parlamentariergruppe mit der Aufgabe betraut war, die Bildung eines solchen Wirtschaftskomitees zu betreiben. Auf Anregung des Präsidenten der französischen Chambre des Députés, Painlevé, und des Vorsitzenden der britischen League of Nations Union, Professor Gilbert Murray, nahm Nossig mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft Kontakt auf⁴⁶. Dabei kamen ihm Empfehlungen durch den Präsidenten des Hansa-Bundes für Industrie, Handel und Gewerbe, den DDP-Abgeordneten Hermann Fischer, zugute⁴⁷.

Ziel der Verhandlungen mit den Repräsentanten der deutschen Wirtschaft war die Schaffung eines „Europäischen Wirtschaftskomitees“, das nach den Vorstellungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie von der Interessengemeinschaft der Parlamentarier allerdings getrennt bleiben sollte⁴⁸ – eine Doppelkonstruktion von politisch-parlamentarischen und wirtschaftlichen Komitees, der sich der Hansa-Bund-Präsident heftig widersetzte⁴⁹.

Der deutschen Wirtschaft stellte Nossig in Aussicht, über ein solches Wirtschaftskomitee könne sich Deutschland „in dem Prozeß des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas bei loyalster Wahrung der Interessen aller anderen europäischen Länder eine zentrale Stellung sichern“⁵⁰. An den nun folgenden Verhandlungen beteiligten sich neben dem Reichsverband der deutschen Industrie der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Zentralverband des Deutschen Großhandels, der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankier-Gewerbes sowie der Hansa-Bund⁵¹. Sie waren dabei offenkundig von dem Interesse geleitet, die noch immer bestehende, vom Weltkrieg und dem Versailler Vertrag ausgehende Isolierung der deutschen Wirtschaft gegenüber Frankreich und Großbritannien abzubauen. So beantworteten sowohl RDI⁵² als auch DIHT⁵³ die Vorschläge Nossigs in so positiv

⁴⁵ Artikel: Die Politik des Weltfriedens, in: ‚Berliner Volks-Zeitung‘ Nr. 510, 26. 10. 1924.

⁴⁶ RDI an Nossig, Nov. 1924, BA R 11/1353, 109–110.

⁴⁷ BA R 11/1353, 96–97.

⁴⁸ RDI an Nossig, Nov. 1924, BA R 11/1353, 109–110.

⁴⁹ Fischer an DIHT, 19. 2. 1925, BA R 11/1353, 42–42 Rs.

⁵⁰ Bericht (Nossig) über Konstituierung der Interessengemeinschaft der europäischen Völker, 31. 10. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

⁵¹ Nossig an AA, 20. 11. 1924, ebda.

⁵² RDI an Nossig, Nov. 1924, BA R 11/1353, 109–110.

⁵³ DIHT an Nossig, 18. 11. 1924, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

gehaltenen Schreiben, daß dieser in Paris und in London geradezu als Beauftragter der beiden Spitzenverbände auftreten konnte.

Im Auswärtigen Amt hingegen stieß Nossigs Reiseplan auf Ablehnung. Bülow notierte, „man solle Paris und London warnen“⁵⁴, was dann auch telegraphisch geschah mit der unzutreffenden Begründung, die Spitzenorganisationen hätten „nur ganz vage Erklärungen abgegeben“, „da das Projekt von ihnen sehr skeptisch beurteilt werde“⁵⁵.

Auf die Verhandlungen Nossigs reagierten die angesprochenen Wirtschaftskreise in Frankreich und Großbritannien mit bezeichnenden Unterschieden. Die Nachrichten über Nossigs Aktivitäten in Paris sollen – wie die Deutsche Botschaft in London sogleich meldete – „in hiesigen Handelskammerkreisen eine peinliche Ueberraschung, ja Verstimmung ausgelöst haben“, denn es entstehe „der im gegenwärtigen Augenblick zweifellos unerwünschte Verdacht . . ., dass die Vorschläge Dr. Nossig's eine deutsche Gegenaktion gegen die Internationale Handelskammer darstellen“⁵⁶.

Die Reaktionen in Frankreich fielen hingegen günstiger aus. Botschafter Hoesch teilte aus Paris mit, „daß man sich hier für die von Nossig betriebene Gründung von Nationalausschüssen zur Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit lebhaft interessiert“. Er sei selbst von Painlevé aufgesucht worden, der seine Bereitschaft erklärt habe, das Präsidium des französischen Komitees zu übernehmen. Dringlich empfahl der Botschafter, der Angelegenheit mehr Beachtung zu schenken, um nicht Frankreich Anlaß zu der Behauptung zu geben, „Deutschland habe eine sich bietende Gelegenheit zur Schaffung einer der Verständigung dienenden internationalen Organisation versäumt“⁵⁷.

Daraufhin wurde ein Einladungsschreiben Nossigs, mit dem er namhafte Industrielle zur Gründung des „Europäischen Komitees für wirtschaftliche Kooperation“ auffordern wollte, vom Auswärtigen Amt positiv aufgenommen. Den Industriellen sollte seitens des Amtes empfohlen werden, „ihre Mitwirkung an dem von Dr. Nossig vorgeschlagenen Komitee nicht von vornherein ab(zu)lehnen“⁵⁸.

Die Spitzenverbände hatten jedoch in der Zwischenzeit den Eindruck gewonnen, Nossig habe den ihm gewährten Verhandlungsauftrag weit überzogen, insbesondere in die Beratungen um Deutschlands Eintritt in die Internationale Handelskammer eingegriffen.

Solche Befürchtungen mochten nicht ganz unbegründet sein. Zwar empfahl Nossig den deutschen Wirtschaftsverbänden den baldigen Eintritt in die Internationale Handelskammer, die ausdrücklich weltwirtschaftlich orientiert war. Doch hielt er ein „Europäisches Wirtschaftskomitee“ vor allem deshalb für dringlich, weil es mit der Zielrichtung der Internationalen Handelskammer nicht übereinstimmte. „Die Beteiligung an der I. H., speziell für Deutschland, (könne) keineswegs jenes

⁵⁴ Notiz (Bülow), 20. 11. 1924, ebda. ⁵⁵ Vermerk 22. 11. 1924, ebda.

⁵⁶ Dt Botsch London an AA, 22. 12. 1924, ebda.

⁵⁷ Dt Botsch Paris (Hoesch) an AA, 25. 1. 1925, PA Ref Vbd, Allg B 2, Bd 1.

⁵⁸ Bülow an Ritter, 4. 2. 1925, ebda.

Komitee ersetzen“, berichtete er über seine Verhandlungen aus Frankreich, denn „bei der neuen wirtschaftlichen Weltverteilung, die gegenwärtig vor sich geht, muß sich Deutschland die richtige Stelle sichern“⁵⁹. Einem auf Europa beschränkten Wirtschaftskomitee wäre dabei die Rolle eines Gegengewichts gegen den angelsächsischen Einfluß in der Internationalen Handelskammer zugefallen und hätte eine Entwicklung eingeleitet, die die deutsche Wirtschaft an die Seite der französischen gestellt und so mit einem anti-amerikanischen Akzent versehen hätte. Dies lag freilich nicht im Interesse der beteiligten deutschen Spitzenverbände, nachdem der deutsch-amerikanische Handelsvertrag und die nach dem Dawes-Abkommen nach Deutschland fließenden Anleihen die Rückkehr Deutschlands in die Weltwirtschaft eingeleitet hatten.

Auf Initiative von RDI und DIHT wurde daraufhin Nossig die Zusammenarbeit aufgekündigt⁶⁰. Die großen Wirtschaftsverbände setzten damit zugleich den vom Hansa-Bund-Präsidenten Fischer unternommenen Bemühungen ein Ende, in einem europäischen Komitee Parlamentarier verschiedener Parteien und Vertreter der Wirtschaft zu vereinen und die Verhandlungen durch politische Vertreter führen zu lassen. Für internationale Kontakte bedienten sich die Spitzenorganisationen in der Folgezeit nahezu ausschließlich eigener Gremien und interner Repräsentanten.

Damit war das Vorhaben, eine von parlamentarischer Seite getragene Initiative mit den Interessen wirtschaftlicher Spitzenverbände unter förderndem Wohlwollen seitens der amtlichen Politik zu koppeln, fürs erste gescheitert.

Je mehr die Interessengemeinschaft der Parlamentarier in den ersten Monaten des Jahre 1925 an Gestalt gewann⁶¹, umso dringlicher erschien eine Klärung des Verhältnisses zwischen beiden in Deutschland bestehenden europäischen Bewegungen. Zunächst erschien es als möglich, daß beide Organisationen zusammenwirken könnten. Dafür setzte sich vor allem der DDP-Politiker Wilhelm Heile ein. Er war schon frühzeitig zu Coudenhove-Kalergi gestoßen und war von ihm unter Zahlung eines Gehaltes mit der Position des „Generalsekretärs der paneuropäischen Union Deutschlands“ betraut worden⁶². Zur selben Zeit gehörte Heile zu dem Kreis von Parlamentariern, die sich um die Bildung der ‚Interessengemeinschaft‘ bemühten. Aus der unterschiedlichen Aktionsform der Verbände – die Paneuropa-Union wollte sich der Massenpropaganda, die Interessengemeinschaft der Werbung namhafter Politiker widmen – ergäben sich kaum Reibungen, schrieb er an Nossig, so daß „eine herzliche Arbeitsgemeinschaft“ zu erwarten sei⁶³.

⁵⁹ Nossig an DIHT, 24. 12. 1924, BA R 11/1353, 71–82.

⁶⁰ Besprechung über den Bericht von Dr. Nossig am 5. Januar 1925, 8. 1. 1925, BA R 11/1353, 96–97; Aktenvermerk DIHT (Riedberg) 17. 2. 1925, ebda 57–59; Riedberg an Nossig, 17. 2. 1925, ebda 50–51.

⁶¹ Eine streng vertrauliche Einladung zu einer ersten informellen Aussprache über das Vorhaben erging am 3. 2. 1925 namens der Abgeordneten Giesberts, Graf Lerchenfeld, Löbe, von Rheinbaben und Schücking, BA NL Dietrich 80, 7–9.

⁶² Coudenhove-Kalergi an Heile, März 1925, BA NL Heile 18.

⁶³ Heile an Nossig, 23. 2. 1925, ebda.

Coudenhove hingegen forderte Heiles Austritt aus der Interessengemeinschaft, deren einseitige Zusammensetzung er bereits moniert hatte⁶⁴. Als dieser sich dazu nicht bereitfand, kündigte Coudenhove – nicht zuletzt aus Sorge um die Förderung seiner Bewegung durch Bankiers wie Warburg und Frisch – die getroffene Vereinbarung mit Heile auf, denn – so hielt er ihm vor – „Ihre Zugehörigkeit zur demokratischen Partei hätte die Bewegung in Deutschland zu einer reinen Links-Bewegung gestempelt“, zumal Heiles Bemühungen um rechtsgerichtete Persönlichkeiten erfolglos geblieben seien. Insbesondere kritisierte er das Demokratieverständnis der in der ‚Interessengemeinschaft‘ vertretenen Politiker und warf Heile vor: „Sie fassen . . . die Demokratie an-archisch auf, während ich das Führerproblem als die Kernfrage betrachte, also in gewissem Sinne eine aristo-kratische Auffassung der Demokratie vertrete“⁶⁵. Heile konnte dem entgegenhalten, daß es gerade an dem eigenwilligen Demokratieverständnis und dem rigoros durchgesetzten Führungsanspruch Coudenhoves lag, weshalb der Paneuropa-Union der Aufbau einer überparteilichen Organisation nicht gelingen wollte⁶⁶.

Bereits in der Anfangsphase der Einigungsbewegungen war damit in Deutschland der Versuch gescheitert, eine das Parteienspektrum der Weimarer Republik übergreifende Organisation für europäische Verständigung zu schaffen. Der von Heile geplante Versuch, in ein breit angelegtes deutsches ‚Komitee für Europäische Zusammenarbeit‘ die deutsche Paneuropa-Sektion als rechten Flügel einzubauen⁶⁷, schlug ebenso fehl wie seine Bitte an Warburg, die ‚Interessengemeinschaft‘ ebenfalls finanziell zu fördern⁶⁸.

Allerdings ist es auch der Paneuropa-Union nicht gelungen, die europäische Bewegung in Deutschland zu monopolisieren. Obwohl sie auch in den Reihen der Liberalen und Sozialdemokraten Mitglieder fand, lag ihr Schwerpunkt bei den Parteien der Mitte und der Rechten, als deren Exponenten sie etwa den DNVP-Abgeordneten Professor Hoetzsch gewinnen konnte.

Nachdem im Frühjahr 1925 auch in Großbritannien und Frankreich Komitees gegründet waren, nannte sich die ‚Interessengemeinschaft‘ nunmehr „Deutsche Sektion für europäische Zusammenarbeit“. Damit standen sich in Deutschland zwei europäische Organisationen gegenüber, die sich nicht nur aufgrund programmatischer Akzente, sondern bereits auch tendenziell in ihrer parteipolitischen Orientierung unterschieden.

Bei allen Differenzen über die Stellung Europas in der Welt, insbesondere über Idee und Realität des Völkerbundes, sahen beide, Paneuropa-Union und ‚Verständigungskomitee‘, das europäische Kernproblem in der Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses.

⁶⁴ Coudenhove-Kalergi an Heile, 11. 2. 1924, ebda.

⁶⁵ Coudenhove-Kalergi an Heile, 3. 4. 1925, ebda.

⁶⁶ Heile an Coudenhove-Kalergi, 23. 3. 1925 und 28. 3. 1925, ebda.

⁶⁷ ‚Konklusionen‘ Heiles, undatiert, ebda.

⁶⁸ Heile an Melchior (Bankhaus Max M. Warburg), 3. 3. 1925, ebda.

3. Zwischen Freihandel und Zollunion: Mitteleuropäische Wirtschaftstagung und Europäischer Zoll-Verein

Ebenfalls in den Jahren 1924/25 konstituierten sich zwei weitere Einigungsbestrebungen, die deutlicher als Paneuropa-Union und Verständigungskomitee an wirtschaftspolitischen Zielen orientiert waren und den Schwerpunkt ihrer Arbeit eher im Bereich der Nachfolgestaaten in Mittel- und Südosteuropa sahen.

Völkerbundsgedanke und Freihandelsidee bildeten in den Anfängen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages den Ansatz, bevor sie von harten Auseinandersetzungen um die Rolle Deutschlands in Mitteleuropa überlagert wurden.

Coudenhoves Ausführungen über das Thema ‚Paneuropa und der Völkerbund‘ auf dem Berliner Weltfriedenskongreß gaben auch hier – wie schon bei der organisatorischen Verfestigung des Parlamentarier-Komitees – einen Anstoß. In die Auseinandersetzungen um Coudenhoves These, daß eine regionale Untergliederung des Völkerbundes notwendig sei, griff auch der DDP-Politiker Georg Gothein ein. Als Schücking die Möglichkeit angedeutet hatte, innerhalb des Völkerbundes Staatengruppen dann zuzulassen, wenn sie nur „technischen Zwecken“ dienten, nahm Gothein diesen Gedanken auf und wies darauf hin, wie sehr der europäische Frieden durch die wirtschaftliche Absperrung bedroht sei, die seit den Friedensverträgen sich in Europa ausgebreitet hätte. „Zweifelloos ist dagegen der internationale Freihandel das beste Mittel, aber es ist eine Illusion, an seine Verwirklichung in absehbarer Zeit zu glauben. Daher ist der wirtschaftspolitische Zusammenschluß Europas eine Notwendigkeit.“⁶⁹ An Coudenhoves Paneuropa-Entwurf kritisierte er die Überlastung mit politischen Funktionen und empfahl, sich auf die Bildung einer europäischen Wirtschaftseinheit und auf Minderheitenschutz zu beschränken.

Das Anwachsen des Protektionismus namentlich in den Nachfolgestaaten bedrohte indessen in erster Linie die Stellung Wiens, das dadurch seine ursprünglichen wirtschaftlichen Funktionen gegenüber dem mittel- und südosteuropäischen Raum verlieren mußte. So gab Anfang 1925 der Wiener Großkaufmann Julius Meinl den Anstoß zur organisatorischen Sammlung einer Freihandelsbewegung, die im Juli ein vorbereitendes Komitee bildete. Ihm gehörten vorwiegend Wirtschaftsfachleute und Politiker aus Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei und aus Deutschland an, aber auch Großbritannien und Frankreich waren vertreten. Mitglieder von deutscher Seite waren zum einen die Professoren Brentano, Herkner und Mises, zum anderen – und zwar namens des Hansa-Bundes und des Außenhandelsverbandes – Georg Gothein. Das Komitee rief für Anfang September 1925 zu einer ‚Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung‘ in Wien auf, „um alle europäischen Völker vor dem Weiterschreiten auf dieser gefährlichen Bahn des Wirtschaftskrieges zu warnen“⁷⁰.

⁶⁹ Bulletin officiel, S. 74.

⁷⁰ ‚Neue Freie Presse‘ Wien, 17. 7. 1925, ZStA AA 42993, 2.

In einer Resolution sprach sich die September-Tagung für „die Schaffung eines ausgedehnten Wirtschaftsgebietes“ auf dem Weg über zwischenstaatliche Abkommen auf den Gebieten des Handels, des Verkehrs und der Währung aus, deren Kernstück – ein Präferenz-Zollsystem – die Souveränität der Einzelstaaten allerdings nicht beeinträchtigen dürfe.

Die territoriale Abgrenzung des von der Tagung angesprochenen ‚Mitteleuropa‘ war offen, wie die Teilnahme von Vertretern aus Frankreich und Großbritannien anzeigte, und jedenfalls anders gefaßt, als sie die deutsche Kriegszieldiskussion vorgenommen hatte⁷¹. Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Elemér Hantos wollte ein solches Präferenzsystem auf die Länder Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien beschränkt sehen. Eine Großmacht – womit er Deutschland meinte – solle in eine solche Kombination nicht eingeschlossen werden. Erst eine Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses würde die Voraussetzung schaffen, unter der beide Staaten als gleichgewichtige Partner an einem mitteleuropäischen Zollverband teilnehmen könnten⁷².

Unter den in Europa gegebenen Machtverhältnissen mußte ein solcher Vorschlag allerdings den Verdacht erregen, das mit der Kleinen Entente verbundene Frankreich könne in der Zwischenzeit vermehrten Einfluß auf diese Staatenkombination gewinnen und so die Expansionsmöglichkeiten für Deutschlands Wirtschaft und Politik beschränken.

Darum setzte sich Georg Gothein mit Nachdruck dafür ein, daß in jede handelspolitische Kombination der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten Deutschland grundsätzlich einbezogen werde. Freilich sah auch er, daß der Schlüssel für eine solche Lösung unter den gegebenen Machtverhältnissen bei Frankreich lag. Aus dieser Erwägung forderte er wiederholt die „deutsch-französische Zollunion als Vorstufe der europäischen Zollunion“⁷³ und wollte selbst den Begriff ‚Mitteleuropa‘ nicht gebrauchen, den ein Satzungsentwurf der Wiener Zentrale der Tagung enthielt. Er halte es „für taktisch verfehlt“, gab er zu bedenken, „den Namen ‚Mitteleuropäische Wirtschaftsunion‘ zu wählen und zu betonen, daß sie die Verwirklichung ihrer Prinzipien zunächst für Mitteleuropa erstrebt. Wie die Kräfteverhältnisse in Europa heute liegen und angesichts der erschwerenden Bestimmungen der Friedensdictate ist es leider ausgeschlossen, ohne Frankreich lediglich mitteleuropäische Staaten zu einer Zollunion zusammenzufassen“⁷⁴.

Zeichneten sich so bereits in den Anfängen der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung Differenzen zwischen der Perspektive eines deutschen Mitteleuropa und den von Hantos vorgetragenen Zielvorstellungen einer Föderation der Donaustaaten ab, so war freilich angesichts der europäischen Machtverhältnisse und auch wegen der relativ schwachen Position der deutschen Vertretung auf der Tagung

⁷¹ Vgl. Meyer, Mitteleuropa.

⁷² Vgl. auch Hantos, Die Handelspolitik in Mitteleuropa (1925).

⁷³ So Gotheins Beitrag in: Europäische Zollunion, S. 70–82 und seine Studie: Ist eine paneuropäische Zollunion durchführbar? S. 12–13.

⁷⁴ Gothein an MWT Wien, 19. 6. 1926, BA NL Gothein 49, 59–60 Rs.

deren endgültige Orientierung noch unsicher. Vorläufig verhielt sich die amtliche Politik gegenüber der Bewegung reserviert, obgleich die deutsche Gesandtschaft in Wien eine Beobachtung der weiteren Aktionen und ihrer Tendenzen für geboten hielt. Unter Bezug auf die Unklarheit der Ziele und die „extrem freihändlerische Einstellung“ der Tagung lehnte das Auswärtige Amt es dann auch ab, den Beitritt deutscher Industrie- und Handelskammern und anderer Organisationen amtlich zu fördern⁷⁵.

Um die Jahreswende 1925/26 entstand als weitere Organisation der ‚Europäische Zoll-Verein‘, der ebenfalls die Forderung erhob, Handelshemmnisse in Europa abzubauen und auf dem Weg über Zollassoziationen zu einer umfassenderen Zollunion zu gelangen.

Die Initiative zur Gründung eines „Comité international d’union douanière européenne“ war im März 1925 von einem kleinen Kreis von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern ausgegangen, zu dem der französische Volkswirtschaftler Charles Gide, der Engländer Norman Angell, aus Ungarn – wie auch bei der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung – Professor Elemér Hantos zählten. Deutschland war mit Professor Ludwig Stein, Moritz Stein sowie mit dem Leiter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, Edgar Stern-Rubarth, vertreten, der dann die Leitung der deutschen Landesgruppe übernahm⁷⁶.

Im März 1926 wandte sich das Komitee mit einem Aufruf „An alle Europäer!“ an die Öffentlichkeit⁷⁷. Darin forderte es, angesichts der großen außereuropäischen „Staats- und Wirtschaftskörper“, d. h. vor allem der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die innereuropäischen Zölle abzubauen und „ohne Beeinträchtigung der nationalen Selbständigkeit und der nationalen Kulturen“ einen Europäischen Zollverein zu bilden. Für dieses wirtschaftliche Gebilde prägte das Programm den Begriff des ‚Wirtschafts-Großraumes‘, worunter es allerdings nur die arbeitsteilige Zusammenfassung selbständiger Nationen verstand – autarkistische Tendenzen, wie sie das Coudenhovesche ‚Paneuropa‘ enthielt und die seit dem Beginn der dreißiger Jahre mit Programm und politischer Durchsetzung einer ‚Großraumwirtschaft‘ untrennbar verknüpft waren, waren hierin nicht enthalten⁷⁸.

Der organisatorische Rahmen des Europäischen Zoll-Vereins blieb im ganzen bescheiden. So konstituierten sich unter dem Dach des ‚Comité international‘ Landesgruppen in Deutschland (August 1926), in Ungarn, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Polen und der Tschechoslowakei; in anderen Staaten wie Großbritannien, Spanien, Italien und Rumänien hingegen blieben Gründungsversuche erfolglos⁷⁹. Aufgrund der vorwiegend wissenschaftlichen Zielsetzung, die eine Massen-

⁷⁵ Dt Ges Wien an AA, 26. 3. 1926, ZStA AA 42993, 44–47.

⁷⁶ Truchy, *L’union douanière européenne*, p. 586. Société des Nations, Repertoire, p. 317.

⁷⁷ BA R 13 XII/1.

⁷⁸ Die Begriffsschöpfung ‚Großwirtschaftsraum‘ nimmt Stern-Rubarth (... aus zuverlässiger Quelle verlautet, S. 124) für sich in Anspruch. Zur Großraumwirtschaft vgl. Alan S. Milward, *Der deutsche Handel und der Welthandel 1925–1939*, in: *Industrielles System*, S. 472–484.

⁷⁹ Truchy, *L’union douanière européenne*, p. 587.

propaganda schwerlich zuließ, blieb auch der Kreis der Mitglieder klein. Er hat in Deutschland kaum einhundert überschritten. Aus parlamentarischen Kreisen gehörten ihm u. a. Carl Cremer, Ludwig Kaas, Wilhelm Külz und Marie-Elisabeth Lüders an, von wirtschaftlicher Seite waren der in der Europa-Bewegung engagierte Linoleumfabrikant Richard Heilner und der Textilindustrielle Gustav Winkler beteiligt⁸⁰.

Vorwiegend förderte der Verband wissenschaftliche Untersuchungen zur europäischen Zollunion, die in einer von Hantos redigierten Schriftenreihe sowie ab 1930 in den von Wilhelm Grotkopp herausgegebenen Monatsheften ‚Europa-Wirtschaft‘ erschienen. Über Hantos ergab sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen Landesgruppe und den von ihm dirigierte Mitteleuropa-Instituten, die innerhalb des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages auf eine Deutschland nicht einschließende Donauföderation hinarbeiteten⁸¹. Geringere Kontakte bestanden hingegen zu dem stärker politisch orientierten ‚Verband für europäische Verständigung‘, der aus der ‚Interessengemeinschaft‘ hervorgegangen war; die Verbindung zur Paneuropa-Union wurde insbesondere durch Richard Heilner aufrechterhalten.

Damit hatten sich in der Zeit vor dem Locarno-Vertrag vier Organisationen formiert, die der zwischenstaatlichen Einigung in Europa vorarbeiten wollten. Die Initiativen dazu waren im wesentlichen aus dem Ausland nach Deutschland hereingetragen worden: die vorwiegend politisch orientierte Paneuropa-Union nahm ebenso wie die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung ihren Ausgang im ehemaligen Zentrum der Habsburger Monarchie, die im einzelnen sehr unterschiedlichen Programme zielten auf eine Überwindung der nationalstaatlichen Partikularisierung im mittel- und südosteuropäischen Raum. Beiden Bewegungen war in der Anfangsphase gemeinsam, daß für sie die Lösung des französisch-deutschen Konfliktes, d. h. die Überwindung der Kluft zwischen dem am Status quo orientierten Sicherheitsdenken und dem deutschen Revisionismus, eine unabdingbare Vorbedingung für jeden Fortschritt der Einigungsbemühungen darstellte.

Dies galt allerdings auch für die beiden anderen Organisationen, die in einer politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas nicht mehr als eine Vorstufe zu einer universalen Friedens- und Wirtschaftsordnung erblickten. Beide, die vom Völkerbundsgedanken getragene Bildung eines europäischen Verständigungskomitees wie der Europäische Zoll-Verein, hatten ihren Schwerpunkt in den westeuropäischen Hauptstädten: Die Entstehung der parlamentarischen ‚Interessengemeinschaft‘ wurde von der britischen League of Nations Union sowie – aus nicht unbedingt denselben Motiven – von französischen Politikern und Wirtschaftsführern wenn nicht initiiert, so doch mit Interesse verfolgt und ermutigt; daraus erklärt sich überdies die betont englandfreundliche Haltung des Verbandes, der wegen dieser Frage fortgesetzt mit Coudenhoves Paneuropa im Streit lag. Der Europäische

⁸⁰ Dritter Jahresbericht des EZV, 25. 6. 1929, BA R 13 XII/1.

⁸¹ Stern-Rubarth, . . . aus zuverlässiger Quelle verlautet, S. 122. Vgl. Hantos, Europäischer Zollverein und mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft (1928).

Zoll-Verein war die deutsche Sektion der ‚Union Douanière Européenne‘, deren Sitz in Paris lag.

Alle diese Bestrebungen trafen in Deutschland auf Resonanz, insbesondere in parlamentarischen Kreisen, in der Wirtschaft und auch in der amtlichen Politik. Bereits die ersten Reaktionen auf die Einigungsbewegungen waren unterschiedlich ausgefallen; eine Parteien, Wirtschaft und amtliche Politik übergreifende einheitliche Bewegung schien angesichts der heterogenen Programme und der von ihnen mobilisierten gesellschaftlichen Gruppen vorläufig nicht möglich – im Gegenteil: Ansätze zu einer solchen Vereinheitlichung waren bis 1925 auf der Strecke geblieben.

Erst die von Stresemann entschieden verfochtene ‚Verständigungspolitik‘, wie sie sich gerade in den Locarno-Vereinbarungen ausdrückte, schien dann zu einem integrierenden Faktor der unterschiedlichen Bestrebungen zu werden⁸².

⁸² Nicht nur die Einigungsbestrebungen selbst interpretierten den (freilich mißverstandenen) Locarno-Vertrag als Beginn der politischen Verwirklichung ihrer Ziele, auch die wissenschaftliche Literatur identifiziert z. T. bis heute Verständigungspolitik und europäische Bewegung. Vgl. z. B. für die sozialistische Geschichtswissenschaft den Artikel ‚Paneuropa-Bewegung‘ in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd 2, S. 467.